

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Walter Mohr & Hoffmann. Druck: Carl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Welterdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. N. 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 291

Montag, den 14. Dezember 1936

88. Jahrgang

Bereit zur Mitarbeit! Deutschlands Antwort auf das englisch-französische Memorandum

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat den Botschaftern Englands und Frankreichs in Berlin ein Memorandum übermittelt, in dem die deutsche Regierung zu den englisch-französischen Vorschlägen für die weitere Behandlung der spanischen Frage Stellung nimmt.

In der deutschen Antwort auf die Memoranden der britischen und der französischen Regierung vom 5. d. M. über die Lage in Spanien, heißt es u. a.:

1. Die deutsche Regierung teilt selbstverständlich den Wunsch der beiden Regierungen, in Spanien möglichst bald geordnete, friedliche Zustände hergestellt zu sehen, und insbesondere der Gefahr eines Uebergreifens des Brandes auf das übrige Europa vorzubeugen. Sie ist bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die wirklich geeignet sind, diesem Zwecke zu dienen, der allen ordnungsliebenden und auf die Sicherung des Friedens bedachten Regierungen in Europa am Herzen liegen muß.

2. Was den Vorschlag der beiden Regierungen anlangt, die Vereinbarung über die Nichteinmischung in die spanischen Wirren zu bekräftigen und durch weitere Verabredungen effektiv zu gestalten, so muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß sie von Anfang an, so auch in ihrer Note vom 27. August d. J. dafür eingetreten ist, die zu treffenden Abreden auf die Verhinderung der Ausbreitung von freiwilligen Teilnehmern an den Kämpfen in Spanien auszudehnen.

Sie hat es sehr bedauert, daß sich andere Regierungen damals hierzu nicht haben entschließen können, was zweifellos wesentlich dazu beigetragen hat, die Lage in Spanien zu verschärfen. Ob das allgemeine Verbot jeder direkten oder indirekten Intervention auch unter den heute gegebenen Verhältnissen noch zu dem erstrebten Ziele führen kann, muß leider einigermaßen zweifelhaft erscheinen.

Das bedarf angesichts der allgemein bekannten Rolle, die landfremde Elemente in immer steigendem Maße bei der Entfesselung anarchistischer Aktionen in Spanien gespielt haben und noch spielen, keiner näheren Begründung. Die deutsche Regierung ist aber gleichwohl bereit, sich in dem Londoner Ausschuß, wie bisher, an allen Beratungen darüber zu beteiligen, wie eine Aenderung dieses Zustandes und eine wirksame Kontrolle der zu treffenden Vereinbarungen herbeigeführt werden könnte. Dabei ist sie aber der Ansicht, daß das Verbot direkter oder indirekter Interventionen als ein einheitliches Gesamtproblem in Angriff genommen werden müßte.

3. Der Gedanke, durch eine gemeinsame Vermittlungskaktion der beteiligten Mächte den Kämpfen in Spanien ein Ende zu bereiten, verdient an sich sicherlich alle Sympathie. Die deutsche Regierung hat indes schon durch die von ihr ausgesprochene Anerkennung der nationalen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sie neben dieser Regierung keinen anderen Faktor in Spanien sieht, der noch den Anspruch erheben könnte, das spanische Volk zu repräsentieren.

Die dieser nationalen Regierung gegenüberstehende Partei hat überdies durch die ganze Art ihres Kampfes, durch die Ermordung politischer Gegner, durch Geiselerziehungen, Verbrennungen und andere Brutalitäten die Leidenschaften bis zum äußersten aufgepeitscht. Eine Lösung mit dieser Partei erscheint schon wegen der in ihr offensichtlich vorherrschenden anarchistischen Tendenz schwer denkbar. Wie es vollends in Frage kommen könnte, bei dieser Sachlage eine ordnungsmäßige Volksabstimmung in Spanien zu bewerkstelligen, vermag die deutsche Regierung nicht zu erkennen. Trotzdem wird sie aber, wenn die anderen Regierungen brauchbare konkrete Vermittlungsvorschläge glauben machen zu können, an deren Prüfung und Verwirklichung bereitwillig mitarbeiten.

Provinz Chenxi, der Nanjing die Treue halte, ausgebrochen seien.

Auf Befehl der Komintern

Nach einer japanischen Agentenmeldung wird sich Japan zunächst gegenüber der neuesten Entwicklung der Lage in China abwartend verhalten. Die Weiterer sollen erst vor wenigen Wochen zu den Kommunisten übergegangen sein.

Tschanghsue-liang soll in einem Telegramm gefordert haben, daß sich China sofort umstellen und Japan den Krieg erklären soll. Demnach trägt also der Aufstand in Sianfu ähnlich wie die Auflehnung der südjapanischen Führer, die vor einiger Zeit zu einem Bürgerkrieg zwischen Kanton und Nanjing zu führen drohte, antijapanischen Charakter und entspringt der Unzufriedenheit mit der angeblich zu großen Nachgiebigkeit Tschiangkai-scheks gegenüber den japanischen Forderungen.

Die Weiterer bilden einen Teil der von Nanjing zur Niederwerfung der Kommunisten nach Nordwestchina entsandten Truppen. Sie verlangen „positiven Widerstand“ gegen die Japaner im Zusammenwirken mit den roten Truppen.

Das Rundtelegramm Tschanghsue-liangs, mit dem er die chinesischen Behörden zum Abfall von Nanjing auffordert, enthielt auch die Forderung nach einem Bündnis mit Sowjetrußland und die Aufnahme der Kommunisten in die Kuomintang. Diese Forderungen bekräftigen die Vermutung, daß der Schritt Tschanghsue-liangs auf Befehl der Komintern erfolgte.

Die Entschlossenheit, mit der alle Aktionen durchgeführt wurden, steht im Widerspruch mit der weichen Haltung Tschanghsue-liangs, so daß man daraus schließt, daß die wirkliche Führung geschulte Kräfte der Komintern übernommen haben. Japanische Kreise in Nanjing erklären, daß die Kwantung-Armee schon vor einem halben Jahr von den Verhandlungen Tschanghsue-liangs mit Moskau durch Vermittlung chinesischer Kommunistenführer unterrichtet worden sei. Die Japaner wollen zunächst die weitere Entwicklung abwarten.

Der Marshall bereits ermordet?

Vom Oberkommando der in Nordchina stationierten japanischen Truppen wird mitgeteilt, daß die Lage vorläufig ruhig sei. Die japanischen Truppen seien jedoch darauf vorbereitet, jederzeit einzugreifen, wenn ein aktives Vorgehen erforderlich werde.

Nach einem Bericht des japanischen Botschafters in Nanjing, Kawagoe, der sich augenblicklich in Shanghai befindet, soll Tschiangkai-schek nicht mehr am Leben sein.

Eine Bestätigung dieser Mitteilung des japanischen Botschafters liegt noch nicht vor.

SA- und SS-Führertrups beim Führer

Nach der kürzlich erfolgten Verabschiedung des Reichsgesetzes für die deutsche Jugend und im Zusammenhang mit dem neuen großen Aufgabengebiet, das der Führer seiner SA mit der Organisation und Durchführung der nationalsozialistischen Kampfspiele gestellt hat, lud der Führer die zu ihrer gemeinsamen Arbeitstagung in Berchtesgaden versammelten SA- und SS-Führer, an der Spitze Stabschef Viktor Luze und Reichsjugendführer Walbur von Schirach, als seine Gäste zu sich auf den Obersalzberg.

Dieser Besuch beim Führer bildete den Höhepunkt und Abschluß der gemeinsamen Arbeitstagung von SA und SS. Inmitten der winterlichen Bergwelt des Berchtesgader Landes verbrachte das SA- und SS-Führertrups einige unvergeßliche Stunden mit dem Führer. So gestaltete sich der Verlauf dieser Tagung für alle Teilnehmer zu einem bleibenden Erlebnis, das der tiefen Ver-

Anschlag auf Tschiangkai-schek

Gefangennahme des Präsidenten der Zentralregierung auf Befehl Moskaus

Die Nanjing-Regierung hat den jungen Marschall Tschanghsue-liang, den Sohn des früheren Oberkommandierenden der Mandschurei, aller seiner Ämter enthoben, da er in einem Rundtelegramm alle chinesischen Behörden zum Aufstand gegen den Marschall Tschiangkai-schek, den Präsidenten des Reichsvollzugsamtes und Oberkommandierenden der Nanjing-Truppen aufgefordert hat.

Tschanghsue-liang, der die chinesischen Truppen in der Provinz Chenxi befehligt, hat den Marschall Tschiangkai-schek, der sich in der Hauptstadt der Provinz Chenxi, Sianfu, aufhielt, sowie eine Anzahl hoher chinesischer Persönlichkeiten, darunter den Innenminister, die Wehrkreis-Kommandeure der Provinz Fujien und des Gebietes von Sonan, Supeh und Chenxi, gefangengenommen.

Das Vorgehen Tschanghsue-liangs wird in Nanjing äußerst bedauert. Tschanghsue-liang, so sagt die halbamtliche, der Kuomin nahestehende Zeitung „Central Daily News“, habe seine Pflichten äußerst mangelhaft erfüllt. Im Augenblick eines ausländischen Angriffs (gemeint ist ein sowjetrusischer Vorstoß! Die Schriftleitung.) und angesichts des Feldzuges zur Unterdrückung der Banditen, der kurz vor seinem Ende stand, habe er sich erlaubt, seinen höheren Befehlshaber, den Marschall Tschiangkai-schek, gefangen zu nehmen und irrsinnige Vorschläge zu machen.

Wie „Central Daily News“ berichtet, befand sich Tschiangkai-schek seit längerer Zeit in Sianfu, um die Verteidigung der Provinz Sichuan und der anderen nordwestchinesischen Provinzen gegen die Kommunisten zu leiten. Die Nanjing-Regierung hat die Provinzial- und sonstigen Verwaltungsbehörden angewiesen, scharfe Maßnahmen

zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens zu treffen.

Allen ausländischen diplomatischen Vertretungen wurde amtlich mitgeteilt, daß Marschall Tschanghsue-liang gemeinert und den Marschall Tschiangkai-schek in Sianfu festgenommen habe. Strafmaßnahmen gegen Tschanghsue-liang seien eingeleitet.

Erste Abwehrmaßnahmen

Nach Eingang der Meldungen über die Meuterei in Sianfu fand sofort eine außerordentliche Sitzung des Ständigen Parteiausschusses und Zentralpolitischen Ausschusses statt, die bis nach Mitternacht dauerte. Es wurde beschlossen, dem Finanzminister und bisherigen Vizepräsidenten, Dr. Kung Hsiang-hsi, das Präsidium des Reichsvollzugsamtes vertretungsweise zu übertragen. Die Militärkommission wird um 7 Mitglieder, darunter der Generalstabschef und der Marineminister, vermehrt. Die Leitung der Militärkommission übernimmt General Fenchanghsiang, der bisherige Vizepräsident der Kommission. Die Nanjing-Truppen werden den ständigen Mitgliedern der Militärkommission und dem Kriegsminister unterstellt. Der meuternde General Tschanghsue-liang wird aller seiner Posten enthoben, seine Truppen werden unmittelbar der Militärkommission unterstellt. Außerdem wurde die Auslieferung Tschanghsue-liangs an die Militärkommission zur Bestrafung angeordnet.

Der Kommandeur der Wusung-Garnison in Sianfu, General Yangsu, berichtete, daß auf den Stadtmauern Sianfus rote Fahnen wehen, und daß in der Nähe der Stadt die ersten Kämpfe zwischen Truppen Tschanghsue-liangs und Streitkräften des Befriedungskommissars der